



Bundesministerium
der Verteidigung

–1880020-V460–

Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Andrej Hunko
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Dr. Ralf Brauksiepe

Parlamentarischer Staatssekretär
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Stauffenbergstraße 18, 10785 Berlin
POSTANSCHRIFT 11055 Berlin

TEL +49 (0)30-18-24-22350

FAX +49 (0)30-18-24-22380

E-MAIL BMVgBueroParlStsDrBrauksiepe@BMVg.BUND.DE

BETREFF **Schriftliche Frage 7/13 des Abgeordneten Andrej Hunko vom 4. Juli 2016, eingegangen beim Bundeskanzleramt am 5. Juli 2016**
ANLAGE - 1 -
DATUM Berlin, 12. Juli 2016

Sehr geehrter Herr Kollege,

als Anlage übersende ich Ihnen die Antwort auf Ihre o. a. Frage.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage
zu ParlSts bei der Bundesministerin der Verteidigung Dr. Brauksiepe
1880020-V460 vom 12. Juli 2016

„Was ist der Bundesregierung zur Kostenregelung für eine Überlassung von 20 gepanzerten Fahrzeugen samt Fahrzeugteilen und medizinischer Ausrüstung bekannt, die durch die EU Advisory Mission to Libya (EUBAM Libyen, 15 Fahrzeuge) sowie die EU Monitoring Mission Georgia (EUMM Georgien, 5 Fahrzeuge) an die OSZE-Mission „Special Monitoring Mission to Ukraine“ (SMMU) erfolgte und bei der die EU Advisory Mission to Ukraine (EUAM Ukraine), die tunesische Regierung, das operationelle Hauptquartier für zivile EU-Missionen und die EU-Verteidigungsagentur eine Vermittlungsrolle spielten (Pressemitteilung Auswärtiger Dienst vom 27.3.2016), und inwiefern sollen die „B6“-Klasse geschützten Fahrzeuge von EUBAM Libyen bei einer aktiven Weiterführung der Mission womöglich zurückgegeben oder durch einen Neukauf ersetzt werden?“

Nach Kenntnis der Bundesregierung trifft es zu, dass geschützte Fahrzeuge der EU-Beobachtermission EUMM Georgien und der EU-Grenzberatungsmission EUBAM Libyen an die OSZE-Beobachtermission Special Monitoring Mission to Ukraine (SMMU) übergangen. Der Bundesregierung liegen keine Kenntnisse zur Kostenregelung einzelner Beschaffungen der SMMU im Sinne der Fragestellung vor.

Erkenntnisse zur möglichen Beschaffung neuer Fahrzeuge der GSVP-Grenzberatungsmission EUBAM Libyen liegen der Bundesregierung nicht vor. Grundsätzliche Diskussionen zur möglichen Verlängerung von EUBAM Libyen dauern derzeit in den zuständigen Gremien in Brüssel an. Die Beschaffung einzelner Fahrzeuge ist derzeit nicht Gegenstand dieser Diskussionen.